



## Was wird da zurecht gebogen?

**Imposante Frankfurter Silhouette, von unserem Müllberg fotografiert. Der Siedlungsdruck, der vor allem von Frankfurt ausgeht, ist ebenso nicht zu übersehen.**

**Wenn wir hier bauen und „zusiedeln“ tun wir das vor allem auch für die „Vertriebenen“ der Bankenmetropole, die dort keinen bezahlbaren Wohnraum mehr finden. „Der Große Frankfurter Bogen“ soll Abhilfe schaffen. Das Zubauen unserer letzten Freiflächen muss aber, vor allem auch im Blick auf die Zukunft, gut überlegt sein. Wichtig dabei: Die Zukunft der Stadt muss öffentlich beraten werden.**

„Der Große Frankfurter Bogen“ (GFB) ist ein neues Landesprogramm, um den Wohnungs- und Städtebau im Ballungsraum Frankfurt Rhein-Main zu fördern. An diesem Programm können Kommunen teilnehmen, die im ÖPNV höchstens 30 Fahrminuten vom Frankfurter Hauptbahnhof entfernt sind. Mörfelden-Walldorf ist eine von 54 Kommunen, auf die das zutrifft. Erklärtes Ziel des Programms ist es, bezahlbaren Wohnraum im Ballungsgebiet Rhein-Main zu schaffen und damit spürbar zu einer Entlastung des Wohnungsmarktes beizutragen. Im Gebiet des Großen Frankfurter Bogens könnten nach Hochrechnung der Hessischen Landesregierung

rund 200.000 neue Wohnungen entstehen, die nach den aktuellen Prognosen den Gesamtbedarf bis 2030 decken würden. Dabei weist das Land Hessen grundsätzlich darauf hin, dass die Innenentwicklung im Rahmen des GFB unverändert an erster Stelle steht. Wie hoch der Bedarf an Wohnraum zukünftig sein wird, ist nicht mit Sicherheit zu beziffern. Die von offizieller Seite verwendeten Zahlen schwanken beträchtlich - für Mörfelden-Walldorf zwischen 1.100 - 1.800 bis 3.000 Wohnungen. Dabei spielen sicher „Siedlungsdruck“ und Geschäftsinteressen keine geringe Rolle. Ende April wurde jetzt in einem Umlaufverfahren (schriftliche Abstimmung) des Haupt- und Finanzausschusses ohne öffentliche Beratung u.a. über Anträge zum „Großen Frankfurter Bogen“ entschieden. SPD/Freie Wähler und FDP hatten u.a. eine unverzügliche Partnerschaftsvereinbarung mit dem Land Hessen, und Machbarkeitsstudien zu neuen Baugebieten (Kleingartengelände „Im See“ und „Walldorf Süd-Ost“) beantragt.

Die DKP/Linke Liste erklärte dazu u.a.: „... Die Drucksachen zum „Frankfurter Bogen“ ... betreffen weder „dringende Angelegenheiten“ noch „Fragen, die aus Gründen des öffentlichen Wohls keinen Aufschub dulden“.

*Fortsetzung auf Seite 2*



Im Rahmen der Diskussion um neue Baugebiete kam man auch wieder einmal auf die Idee, die Kleingärten „Im See“ zu bebauen. Das muss klug überlegt sein und man muss die Gründe, die gegen das „Zubetonieren“ sprechen, beachten.

Das kleine Baugebiet wäre zweifellos ziemlich von Lärm belastet. Der Hauptverkehr wird voraussichtlich noch Jahrzehnte über die Umgehungsstraße rauschen. Die Kleingärten sind heute bei den Bürgerinnen und Bürgern sehr begehrt.

Sie sind kleine ökologische Nischen, die man nicht leichtfertig zubauen darf.

Wir sind eine kleine Stadt, aber sie braucht ringsum zunehmend „Grüne Lungen“. Die Waldschäden durch zwei Jahre extreme Trockenheit, der Sturm im August 2019 mit ungeheuren Schäden, haben uns vor Augen geführt, wie begrenzt die natürlichen Ressourcen sind. Und Corona - mit Reiseeinschränkungen und „Eingesperrtsein“ - hat jetzt viele Menschen zu Gartenliebhabern gemacht.

Fortsetzung von Seite 1

## Was wird da zurecht gebogen?

Insbesondere der Koalitionsantrag (DS 16/0562) - er sieht u.a. den Zugriff auf das Kleingartengelände „Im See“ als Baugebiet vor - ist zudem strittig und wird in den Fraktionen und in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Darüber ohne Beratung und ohne Beteiligung der Öffentlichkeit und der Presse zu beschließen, halten wir für problematisch und falsch. Insofern ist ein Sonderverfahren (Umlaufbeschluss) in diesen Punkten rechtlich zweifelhaft, zumal eine jetzt ohne öffentliche Diskussion getroffene Entscheidung von der Stadtverordnetenversammlung nicht mehr korrigiert werden könnte, wenn auf Grundlage des Beschlusses „nicht mehr rückgängig zu machende Rechte Dritter entstanden“ sein sollten. Wir bestreiten, dass eine Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung zurzeit nicht herbeigeführt werden kann. ... Andere Kommunen sind da unter Beachtung des Infektionsschutzes und technischer Möglichkeiten deutlich weitergegangen.“ Weil wir eine öffentliche Beratung der Vorlagen/Anträge zum „Frankfurter Bogen“ für unverzichtbar halten, haben wir uns mit dem Umlaufverfahren als „nicht einverstanden“ erklärt. Unabhängig davon haben wir unser Abstimmungsverhalten kenntlich gemacht und gegen den Koalitionsantrag gestimmt. Den Prüfungsantrag des Bürgermeisters mit dem Schwerpunkt der „Innenentwicklung“, die wir seit jeher befürworten, unterstützen wir.

Wir sagen: Insgesamt darf über die zukünftige Entwicklung unserer Stadt nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit entschieden werden. Die Frage, ob der „Frankfurter Bogen“ mehr bezahlbaren Wohnraum für Mörfelden-Walldorf bringt und was die Einwohner unserer Stadt davon halten, muss auch mit „Corona“ öffentlich beraten werden, bevor mit einem „Beitritt“ zum Landesprogramm und Machbarkeitsstudien für neue Baugebiete Verpflichtungen eingegangen werden, die hauptsächlich der Entlastung der nahen „Oberzentren“ - vor allem Frankfurt - dienen.

Gerd Schulmeyer



## Sollen die letzten Freiflächen zugebaut werden

Corona und die Kommunalpolitik. Alles ist jetzt anders. Große Themen, die jeden betreffen, werden in Telefonkonferenzen abgehandelt. Kurz und bündig. Kaum Zeit für Diskussion, Abwägen, Meinungsbildung.

Da geht es um den „Großen Frankfurter Bogen“, man spricht großspurig vom Zukunftsprojekt für Mörfelden-Walldorf.

Es geht um Zuschüsse und Erschließung von Baugebieten, um Machbarkeitsstudien. Bis zu 3000 neue Wohnungen sind im Gespräch. Gartengrundstücke „Im See“ stehen zur Debatte. Überschlagen kämen dann 9000 neue Einwohner auf uns zu.

Wollen wir das alles? Kann man das schon heute irgendwie festklopfen in „Telefonkonferenzen“. Ist das nicht auch Demokratieabbau?

Natürlich sind für mehr - vor allem bezahlbaren - Wohnraum.

Aber es geht nicht nur um Wohnungen vorwiegend für Menschen, die in Frankfurt verdrängt werden, weil sie die Mieten nicht mehr bezahlen können.

Es geht um sehr grundsätzliche Fragen, die alle betreffen und die man nicht „hoppla-hopp“ abnicken darf. 3000 neue Wohnungen verlangen neue Infrastruktur. Neue Kindergärten. Neue Verkehrswege.

Alles schnell in der Corona-Zeit „unter Dach und Fach bringen“?

Warum das alles? Man sollte mal auf unseren Müllberg steigen und bei den heutigen klaren Tagen nach Frankfurt blicken.

Da wachsen die Hochhäuser. Dort können immer mehr Menschen keine ordentliche Wohnung mehr bezahlen. Weil Wohnungsbau profitable Geldanlage geworden ist. Normaler Kapitalismus eben.

Friedrich Engels beschrieb diese Situation schon im Jahr 1873:

*„Die Ausdehnung der modernen großen Städte (...) dem Grund und Boden einen künstlichen, oft kolossal steigenden Wert; die darauf errichteten Gebäude, statt diesen Wert zu erhöhen, drücken ihn vielmehr herab, weil sie den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen; man reißt sie nieder und ersetzt sie durch andre. Dies geschieht vor allem mit zentral gelegenen Arbeiterwohnungen, deren Miete, selbst bei der größten Überfüllung, nie oder doch nur äußerst langsam über ein gewisses Maximum hinausgehen kann. (...)*

*Das Resultat ist, daß die Arbeiter vom Mittelpunkt der Städte an den Umkreis gedrängt, daß Arbeiter- und überhaupt kleinere Wohnungen selten und teuer werden und oft gar nicht zu haben sind, denn unter diesen Verhältnissen wird die Bauindustrie, der teurere Wohnungen ein weit besseres Spekulationsfeld bieten, immer nur ausnahmsweise Arbeiterwohnungen bauen. Diese Mietsnot trifft den Arbeiter also sicher härter als jede wohlhabendere Klasse.“*

# Die große Umverteilung

Im „blickpunkt“ schrieben wir schon: „Keiner weiß, wie die Welt nach Corona weitergehen wird. So wie bisher kann es auf keinen Fall weitergehen!“

Zunehmend spürt man jetzt, die Herrschenden wollen einfach so weitermachen.

## Beispiele:

- **Trotz der Corona-Krise schrieb Deutschlands größtes Geldhaus einen Gewinn vor Steuern von 206 Millionen Euro. Aber gemahmt wird trotzdem!**
- **Deutschland hat seine Rüstungsausgaben 2019 so stark gesteigert wie niemand sonst unter den 15 Staaten, die im weltweiten Ranking vorliegen.... und Frau Karrenbauer will bei Trump Atombomber kaufen.**
- **Fraport jammert momentan auch - aber am Terminal 3 wird heftig weitergebaut. Man erwartet offenbar die „Nach-Corona-Billigflieger“.**
- **Weitermachen wie bisher will man auch im Gesundheitswesen: Nach wie vor will man Krankenhäuser schließen und den Rest privatisieren.**

Einen besonderen Blick aber sollten wir auf die „Große Umverteilung“ werfen. Es ist ja nicht lange her, als man die Banken „rettete“ - jetzt aber werden Milliarden des Volksvermögens und Steuergelder ausgegeben, damit das große Kapital seine Macht behält. Unternehmen rufen nach staatlichen Geldern, gleichzeitig arbeiten sie mit Steuerbetrug, um den Staat um wichtige Einnahmen zu prellen.

So war das schon in der Bankenkrise: Banken, denen das Gemeinwesen jahrelang egal war, verwiesen mit einem Mal auf ihre „Systemrelevanz“ und wollten vom Staat gestützt werden.

Alle großen Konzerne haben ihre „Steuerschlupflöcher“. Sie müssen geschlossen werden.

Die Lufthansa wollte 10 Milliarden Euro, ohne Bedingungen! Mitsprache des Staates, wenn es z.B. um die Anschaffung „leiserer“ oder „saubere“ Flugzeuge geht, wollten sie nicht. Die neuen „Abmachungen“ lagen noch nicht endgültig vor.

Corona kostet Billionen Euro. Doch was tragen diejenigen dazu bei, denen es am wenigsten weh tut, die Reichen und Superreichen?

Alein in Deutschland leben mehr als 100 Milliardäre mit einem Vermögen

## Bürgerinitiative Kläranlage gegründet

### Aus einer ersten Erklärung:

Im Januar 2019 erhielten der Bürgermeister, der Erste Stadtrat und alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung den anonymen Brief eines „besorgten Bürgers“, der sich mit der Kläranlage befasste. Der offensichtlich sachkundige „Whistleblower“ prangerte Geldverschwendung, Misswirtschaft und Fehlplanungen an. Und er äußerte einen Korruptionsverdacht.

Nach einigem politischem Gezerre wurde ein Akteneinsichtsausschuss eingerichtet, aber so gestaltet, dass es von vorneherein unwahrscheinlich war, dass er etwas zu Tage fördern würde.

Die Einsetzung eines externen unabhängigen Sachverständigen für die Akteneinsicht wurde abgelehnt. Der Verdacht auf Beseitigung von Akten stand im Raum und konnte bis heute nicht überzeugend ausgeräumt werden. Jetzt, nach über einem Jahr, wissen wir: die geplanten Kosten für die Erneuerung und Erweiterung der Kläranlage sind von 10 auf 45 Millionen Euro gestiegen. Es droht eine Abwassergebühr von um die € 5.00 pro Kubikmeter. Das wäre Hessenrekord (zum Vergleich: in der Großstadt Frankfurt beträgt die Gebühr € 1.45 / m<sup>3</sup>). Zu den Hinweisen des anonymen Briefschreibers sind neue gekommen, die sehr ernst zu nehmen sind.

von rund 500 Milliarden Euro. Laut Auskunft der Deutschen Bundesbank besitzen 10% der reichsten Menschen in Deutschland 56% des Gesamtvermögens.

Über die vergangenen fünf Jahre ist ihr Vermögen um mehr als ein Drittel gewachsen - auch Dank des Börsen- und Immobilienbooms.

Wie wäre es denn, wenn in dieser außergewöhnlichen Situation diejenigen zur Kasse gebeten werden, die die Gewinner der letzten Jahre sind: Zum Beispiel mit einem Verzicht auf Zahlung von Dividenden und Boni an Großaktionäre und Spitzenmanager.

Aus diesem Grund hat sich eine Bürgerinitiative gebildet, der neben Bürgern aus Mörfelden-Walldorf, Fachleute aus allen Gebieten der Abwasserwirtschaft angehören.

Wir wollen von unserem Recht Gebrauch machen, Fragen an die kommunalen Vertretungskörperschaften und an die Stadtwerke zu stellen. Unser Ziel ist es, den bisherigen Betrieb der Kläranlage und die Planungen für ihre Erweiterung kritisch und fachkundig zu durchleuchten. Wir wollen erreichen, dass die Anlage so erneuert wird, dass sie für Mörfelden-Walldorf passt und keine Verschwendung von Steuergeldern und Gebühreneinnahmen stattfindet. Denn: € 5.00 pro Kubikmeter Abwasser sind zu viel, und sie sind sicher vermeidbar.

Auskünfte: Jürgen Hardt, Rheinstr. 16, Silke Baumann, Schafgasse 10, Rüdiger Mees, Lisztstr. 8  
Mail: BI-AbwasserMW@posteo.de

**Wer uns helfen will beim Verteilen dieser Zeitung, wer Ideen und Vorschläge hat oder beim „blickpunkt“ mitwirken will - kann sich gerne melden.**

**Infos:  
RudiH@dkp-mw.de  
www.dkp-mw.de**

# Gefahren für die Menschheit - auch nach Corona

Die Corona-Krise hat unter anderem deutlich gemacht, dass einer solchen weltweiten Gefährdung nur durch das Zusammenstehen aller Menschen, Staaten und Systeme begegnet werden kann.

Aggressives gegeneinander Arbeiten, aufwendige Militärmanöver oder gar reale Militärschläge, aber auch Wirtschaftskriege mit Sanktionen, Blockade- und Embargoaktionen sind nicht nur kontraproduktiv, sondern hochgefährlich! Dies gilt nicht nur in Zeiten einer Pandemie. Die Verfasstheit unseres Planeten ist inzwischen so fragil, dass nur ein vernünftiges Zusammenwirken aller den weiteren Bestand und die positive Entwicklung des Lebens auf der Erde gewährleisten kann.

Doch was machen die politisch Verantwortlichen? Während im Land das Bild einer besonnenen, sich aufopfernd um die Gesellschaft, um den Schutz aller Menschen sorgenden politischen Elite gezeichnet wird, sieht es ganz anders aus, wenn man das internationale Wirken unserer Regierung auf den Prüfstand stellt. Die Führungsmacht der „westlichen Welt“ mit dem US-Präsidenten Trump an der Spitze nutzt die Corona-Krise schamlos aus, um die internationalen Beziehungen vehement zu destabilisieren. Trump verschärft nicht nur den Ton vor allem gegen China. Die USA spitzen die Lage auch durch konkrete Maßnahmen, wie z. B. der Abkehr von der Weltgesundheitsorganisation zusätzlich zu.

## Rechte Scharfmacher wollen weitere Aufrüstung

Hierzulande gefällt man sich darin, sich über Herrn Trump lustig zu machen. Dem „tumben Tor“ in Washington dürfen dann auch schon mal die Presse oder die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten einen einschenken. Wenn es aber um die ernsthafte Politik und die Entwicklungsperspektiven unseres Planeten geht, dann kann man kritische Töne zur gefährlichen US-Strategie mit der Lupe suchen. Statt dessen gewinnt man den Ein-

druck, dass unsere Regierung alle destabilisierenden Schritte wesentlich mitträgt, insbesondere, wenn sie gegen China oder Russland gerichtet sind: Die Erhöhung der NATO-Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttonationalproduktes, die Durchführung gefährlicher Militärmanöver an den Grenzen zu Russland (Defender 2020) bzw. China (Defender Pacific 2020), die Aufrechterhaltung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland, Kuba, Venezuela, Iran u. a., den US-Handelskrieg gegen China oder die Abkehr von der weltweiten atomaren Abrüstung. Mit dem geplanten Kauf von 30 atomwaffenfähigen Kampfbombern in den USA beteiligt sich die Bundesregierung direkt an der atomaren Rüstungsschraube.

Rechte Scharfmacher mit nicht geringem Einfluss auf Regierungskreise fordern offen eine konfrontative strategische Ausrichtung gegenüber China. Der Vorstandsvorsitzende und Miteigentümer des deutschen Medienkonzerns Axel Springer SE, der Multimillionär Mathias Döpfner, hat Anfang Mai einen Aufruf an die Leser des Springer-Flaggschiffs „Welt“ verfasst, in dem es u. a. heißt: „Krisen haben etwas Klärendes. So auch die Corona-Krise. Wenn eine Therapie gegen das Virus gefunden ist, die Shutdown- und Lockerungsdebatten verklungen sind und die Rezession ihr hässliches Gesicht zeigt, muss nichts Geringeres geklärt werden als die Weltordnung. Konkreter: die Bündnisfrage. Wo steht Europa? An

der Seite Amerikas oder an der Seite Chinas?“ Übrigens fällt auf, dass seit geraumer Zeit auch die bundesrepublikanischen Medien, private wie öffentlich-rechtliche, verstärkt propagandistische Breitseiten gegen China abfeuern.

## Die fortschrittlichen Kräfte müssen die Zukunft bestimmen

Wir sollen so in einen neuen Kalten Krieg gehetzt werden. Die Nach-Corona-Zeit soll keine friedliche werden, in der die Weichen zugunsten sozialer Rechte, für Umweltschutz und für ein besseres Gesundheitssystem neu gestellt werden können. Wenn diese strategische Richtung sich durchsetzt, werden immense Geldsummen für die Absicherung der „neuen Weltordnung“ gebraucht, die der friedlichen sozialen Entwicklung nicht mehr zur Verfügung stehen!

Man erschreckt, wenn man den perfiden, menschenfeindlichen Hintergrund dieses Systemdenkens erkennt: Weil der ökonomische und soziale Wettstreit für sie friedlich nicht zu gewinnen scheint, sind die rechten „Falken“ bereit, die ganze Welt in ein äußerst brisantes Abenteuer zu stürzen. Dagegen ist Widerstand Pflicht: Die Demokraten müssen wachsam sein und auf breiter Front fortschrittliche Alternativen zur bisherigen Wirtschafts-, Rüstungs-, Sozial- und Umweltpolitik entwickeln. Die Lehre aus der Pandemie lautet eindeutig: Nur gemeinsam wird das zu schaffen sein!  
Axel Seiderer

## Das fehlt uns gerade noch

Bewaffnete Drohnen. Ursula von der Leyen warb dafür. Auch Annegret Kramp-Karrenbauer („es spreche vieles dafür, sie zum Schutz der Soldaten zu beschaffen“) und der SPD-Politiker



Bartels („ist sinnvoll . . .“). Kritik kam von Tobias Pflüger (Die Linke): „Mit bewaffneten Drohnen sinkt die Schwelle zum Einsatz von Gewalt, bewaffnete Drohnen sind der Einstieg in tödliche Waffensysteme und völkerrechtswidrige gezielte Tötungen. Das Verteidigungsministerium kann nicht schlüssig erklären, warum die Kriegsführung mit bewaffneten Drohnen bei der Bundeswehr anders als etwa beim US-Militär nicht zu vielen zivilen Toten führen soll“.

# „Atombomber? Nein Danke!“

**Aktion „Atombomber? Nein Danke!“ unterstützen!**

**US-Atombomben aus Büchel abziehen!**

**Bundeswehr abrüsten!**

Der Bundesausschuss Friedensratschlag schreibt dazu u.a.:

Das Vorhaben des Verteidigungsministeriums, im kommenden Jahrzehnt über die Hälfte der gealterten deutschen Luftwaffe durch neue Kampfflugzeuge zu ersetzen, ist unbegründet und rausgeschmissenes Geld. Die NATO verfügt derzeit nach Recherchen des NATO-nahen *International Institute for Strategic Studies* über 6.227 Kampfflugzeuge (davon allein 2.346 in Europa), ihr Gegenüber, die von Russland geführte *Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit* (OVKS) über gerade 1.638. Würde Deutschland seine 118 Kampffjets nicht durch 135 neue „ersetzen“, würde sich die überwältigende NATO-Luftüberlegenheit gegenüber der OVKS vom 3,8-fachen auf das 3,73-fache verringern – eine zu vernachlässigende Größe. Das Nichtersetzen spart ca. 20 bis 25 Milliarden Euro Anschaffungskosten und zudem 80 Milliarden Euro für den Betrieb. Gelder, die im Gesundheitswesen, der Bildung, für die ökologische Wende, die Digitalisierung etc. sehr dringend benötigt werden.

30 der neuen Kampffjets sind für die Aufrechterhaltung der sogenannten technisch-nuklearen Teilhabe der NATO vorgesehen. Noch bis ca. 2025

stehen alte Tornados der Bundeswehr mit deutschen Piloten bereit, 20 in Büchel/Eifel vorgehaltene atomare Fallbomben auf russisches Territorium abzuwerfen. Diese völkerrechtswidrige Fähigkeit wollen CDU/CSU, FDP, AfD und Teile der SPD mit neuen Atombombern fortsetzen. Damit kommt man dem Ziel, eine Welt ohne Atomwaffen zu schaffen, keinen Schritt näher, sondern setzt über Jahrzehnte die atomare Drohhpolitik fort. Wer behauptet, die in Europa lagernden insgesamt 150 taktischen US-Atombomben (darunter 20 in Büchel) seien als Gegengewicht gegen ein vorhandenes mehrfaches russisches Übergewicht bei taktischen Atomwaffen zu verstehen, unterschlägt, dass die NATO bei ihren konventionellen Waffen nicht nur in der Luft, sondern an Land und im Wasser vielfach überlegen ist. Deshalb müssen sofort Verhandlungen über gegenseitige Rüstungskontrolle und Abrüstung atomarer und konventioneller Waffen geführt werden.

Der von CDU/CSU beabsichtigte Kauf von 30 US-amerikanischen Atombombern hält die Spannungen in Europa gegenüber Russland aufrecht. ... Es ist begrüßenswert, dass der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Rolf Mützenich und Teile der SPD sich gegen die Fortsetzung der technisch-nuklearen Teilhabe ausgesprochen haben. ... Der Bundesausschuss bittet darum: Unterschreibt den Aufruf:

<https://weact.campact.de/petitions/atombomber-nein-danke>



## Kramp-Karrenbauer will Atombomber

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) will aufrüsten - aber nicht gegen Corona. Hinter dem Rücken der SPD signalisierte sie den USA Interesse an 30 atomwaffenfähigen Kampffjets. Kosten: 12,5 Milliarden Euro - und das ausgerechnet während der größten Krise seit dem zweiten Weltkrieg.

Gebraucht wird momentan jeder Euro für die Aufgaben, die aus der Corona-Krise entstehen - für das Gesundheitssystem, die soziale Absicherung und für ökonomische Hilfen.

Die Kampffjets sollen unter anderem die in Deutschland stationierten US-Atomwaffen transportieren - und damit dafür sorgen, dass diese für weitere Jahrzehnte in Deutschland lagern können. Dabei hatte der Bundestag bereits vor 10 Jahren deren Abzug verlangt.

Noch hat die Regierung keine Entscheidung getroffen - Kramp-Karrenbauer will jedoch den Kauf durchsetzen. Einwände der SPD ignorierte sie bisher.

„Mehr als eine unverbindliche Absichtserklärung sei es nicht gewesen“, wird jetzt abgewiegelt.

Die Gesamtkosten für die neuen Flugzeugen inklusive der 90 „Eurofightern“ über eine veranschlagte 30jährige Nutzungszeit mit Ausgaben für Wartung, Treibstoff etc. sollen sich auf mehr als 100 Milliarden Euro belaufen. „Für die SPD ist nun die Zeit gekommen, Farbe zu bekennen und sich gegen den neuen Atombomber zu stellen“, forderte eine Sprecherin der Friedensbewegung.

## 75 Jahre danach

BERTOLT BRECHT

**Seht diese Hüte von Besiegten!  
Und**

**Nicht als man sie vom Kopf unschlug zuletzt**

**War unsrer bitteren  
Niederlage Stund.**

**Sie war, als wir sie folgsam  
aufgesetzt.**



## Danke für Ihre Spende!

Das blickpunkt-Spenden-Konto:  
Kreissparkasse GG

IBAN DE37508525530009003419



## 8. Mai - Tag der Befreiung

Jedes Jahr erinnern wir am 8. Mai an die Befreiung Europas von Nazi-Deutschland. Wir gedenken der 60 Millionen Toten.

Wir mahnen, die Vergangenheit nicht zu vergessen, wir schauen aber auch nach vorn. Denn der Tag der Befreiung ist für uns nicht nur Vergangenheitsbewältigung.

Nie wieder dürfen wir zulassen, dass Faschisten die Macht ergreifen und einen ganzen Kontinent verwüsten. Doch 75 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges, der Befreiung von Auschwitz und dem „Schwur von Buchenwald“ greifen neue Rechte und Neofaschisten wieder nach der Macht. Ob Orban in Ungarn, die PIS Partei in Polen, die Lega Partei in Italien, Front National in Frankreich oder die AfD in Deutschland.

Diese Akteure dulden Holocaustleugner, Goebbels-Rezitatoren und sonstige Geschichtsvergessene in ihren Reihen und verschieben den gesellschaftlichen Diskurs langsam nach rechts außen.

Die Lage in der europäischen Politik und die ständigen Versuche, die Geschichte zu verdrehen, zwingen uns, an diesem Tag ein paar historische Fakten gerade zu rücken.

Besonderer Anlass hierzu ist keine neofaschistische Partei, sondern

eine EU-Erklärung, die behauptet, dass sowohl die Sowjetunion als auch das 3. Reich im gleichen Maße Schuld am 2. Weltkrieg wären. Diese Behauptung bezieht sich vor allem auf den Nichtangriffspakt, zwischen der Sowjetunion und dem sogenannten 3. Reich und der folgenden Aufteilung Polens. Diese Behauptung löst sich aber schnell in Rauch auf, wenn man dieses Ereignis in seinem Kontext betrachtet. Die Sowjetunion hatte jahrelang versucht mit Frankreich, England und auch mit Polen eine Anti-Hitler Front zu bilden, dies wurde aber immer wieder abgelehnt. Als nun die Nazis das militärisch schwache Polen überfielen, schuf die Sowjetunion nicht nur eine Pufferzone, sondern rettete auch vielen polnischen Juden das Leben.

Wir meinen: Auch 75 Jahre nach der Befreiung Berlins durch die Rote Armee, 75 Jahre nach der Überquerung des Rheins durch alliierte Briten, Amerikaner und Kanadier, müssen wir unsere Freiheit gegen diese neuen Faschisten verteidigen. Tim Beyermann SDAJ

## Der 8. Mai soll Feiertag werden

Als Jugendliche hatten Herbert J. Oswald, Alfred J. Arndt und Gerd Schulmeyer entdeckt, dass sich nördlich von Walldorfein KZ Außenlager befand. Am 8. Mai legten sie u.a. am Gedenkstein Blumen nieder.

Sie gedachten der Menschen, die aus rassischen oder politischen Gründen von den Nazis verfolgt wurden. Hierzu gehörten die Juden aus unserer Stadt. Sie gedachten der 1700 von den Nazis deportierten ungarischen Frauen, die im KZ-Außenlager Walldorf 1944 zur Zwangsarbeit zum Bau der ersten betonierten Rollbahn am Frankfurter Flughafen gezwungen worden waren. An diese Zeit zu erinnern, das bleibt auch 75 Jahre nach Kriegsende wichtig. Es wird sogar noch bedeutsamer, da immer mehr Zeitzeugen sterben, die aus eigenem Erleben über die grausamen Verbrechen der Faschisten berichten können. Sie wollen die Erinnerung wachhalten und unterstützen die Initiative, die den 8. Mai als Feiertag einführen will.



In Frankfurt nahmen wir am 8. Mai mit 120 Genoss\*innen der SDAJ, DIDIF-Jugend, VVN-BdA, und Linksjugend Solid an einer Gedenkveranstaltung teil. Geehrt wurden dort Frankfurter Widerstandskämpfer\*innen.

Die Redner\*innen warnten vor den neuen Rechten. Es sei heute schon falsch, von „Wehret den Anfängen“ zu sprechen. Denn - da waren sich die Anwesenden einig - „Wir sind bereits mittendrin“.



# KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

## NaturFreunde Deutschlands fordern Verbot von Kurzflügen unter 800 Kilometern

In der Pressemitteilung heißt es: Ein staatliches Rettungspaket für die Lufthansa muss an sozial-ökologische Auflagen geknüpft werden. Die wirtschaftlichen Herausforderungen in der Corona-Krise dürfen nicht einfach Vorrang haben vor den sozialen und ökologischen Folgen des Flugbetriebs. Denn die sind enorm: So ist allein der weltweite Luftverkehr für fünf bis acht Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Die NaturFreunde Deutschlands betonen, dass mit öffentlichen Hilfgeldern auch die strukturellen Probleme und ökologischen Herausforderungen des Luftverkehrssektors angegangen werden müssen. So hält der Luftverkehrssektor in Deutschland die Verpflichtungen des Pariser Kli-

maschutzabkommens zum Beispiel nicht ein. Doch die Erderwärmung schreitet auch in der Corona-Krise immer weiter voran.

Ein Rettungspaket darf nur gewährt werden, wenn sich die Lufthansa zu einem klimaverträglichen Mobilitätsdienstleister wandelt, fordern die NaturFreunde Deutschlands. Auch die französische Regierung hat ihre Finanzhilfen für Air France an konkrete Bedingungen für eine Mobilitätswende geknüpft. Parallel muss der Staat seine Verkehrsinfrastrukturpolitik umwelt- und sozialgerechter gestalten, um zukunftsfähiger aus der Corona-Krise herauszukommen. Das geplante Rettungspaket könnte so zum Signal werden, dass sich nun auch der Luftverkehrssektor sozial-ökologisch transformiert.

Die NaturFreunde Deutschlands fordern u.a.:

Der Luftverkehr muss auf das minimal Notwendige beschränkt werden.

Verkehrsbewegungen müssen zukünftig durch eine Förderung von Bahnverbindungen zwischen den Metropolen sichergestellt werden. Die Verlagerung von Inlandsflügen auf die Schiene muss flankiert werden durch eine eindeutige Preispolitik im Sinne des Klimaschutzes.

Die Landesentwicklungsplanungen müssen grundsätzlich überarbeitet werden. Alle Ausbaupläne für Flughäfen müssen gestoppt und mit dem Ziel der Verlagerung der Verkehre auf die Schiene überarbeitet werden. Ziel muss eine Reduzierung von Passagier- und Frachtaufkommen im Flugverkehr sein.

Für alle Flughäfen muss ein konsequentes Nachtflugverbot von 22:00 Uhr bis 6:00 Uhr gesetzlich festgeschrieben werden.

Maßnahmen für ein europaweites Verbot von Kurzflügen unter 800 Kilometern sind einzuleiten. ...

## blickpunkt Geschichte



Die Pestmuer (frz. Mur de la peste) ist eine annähernd 25 Kilometer lange Mauer, die man ab 1721 im Hochland des Comtat Venaissin (Frankreich) errichtete, um die Ausbreitung der Pest zu verhindern, die in einer der



In der Provence in der Nähe von Methamis/Saint-Hubert findet man im Wald eine Erinnerungsstätte an die Pestmuer.

letzten großen Epidemien Europas zwischen dem Juni 1720 und 1723 in der Provence wütete. Reste der Mauer sind in der Nähe von Murs zu sehen. Im Mai 1720 soll die Pest in den Hafen von Marseille eingeschleppt worden sein.

Man baute eine 25 Kilometer lange und zwei Meter hohe Mauer zwischen Monieux und der Schlucht von Cabrières.

Auch in unserer Nähe - in Wiesbaden und Mainz-Kastel - gab es „Pestmauern“. Das schlimmste Pestjahr in der Geschichte von Kastel war 1666. Damals wurden von den 920

Einwohnern mehr als 500 durch die Seuche hinweggerafft – also über die Hälfte. Um die katholische Kirche „St. Georg“ erbaute man die Pestmuer zur Eindämmung der Seuche. Hinter dieser Mauer wurden Kranke betreut und Verstorbene in und um das Gotteshaus bestattet.

Man suchte einen Schuldigen und war sich schnell einig: „es waren die Juden, die die Brunnen vergiftet haben“. Man vertrieb die Juden aus der Stadt.

Die Pest kam über die Handelswege von Holland über Köln nach Kastel. Schon früher, im Jahre 1348, hatte sie schon einmal unsere Vorfahren am Rhein erreicht.

# Stadtgeschichten



Vor einem Jahr wurde an dieser Stelle über die Geschichte der Walldorfer Post geschrieben und darüber berichtet, dass im Jahre 1861 die „Landbotenpost“ eingeführt wurde. Walldorf bekam erst im Jahre 1893 eine eigene sogenannte „Posthilfsstelle“. Bis dahin konnte die zum Versand vorgesehene Post im Rathaus abgegeben werden und die eingehenden Briefe ließen die Bürgermeister von Ortsdienern austragen. Der erste Postbriefträger in Walldorf war ein Mörfelder namens Schulmeyer, der, nach dem die Sendungen immer umfangreicher wurden, dagegen protestierte, auch noch in den Straßen Walldorfs herum laufen zu müssen. Er hatte Erfolg: Zum ersten ortsansässigen Briefträger wurde Peter Coutandin („Kutscherpeter“) bestellt. Die heutigen Bilder zeigen Briefträgerinnen aus verschiedenen Epochen. Links sehen wir zwei Frauen mit ihren schweren Umhängetaschen, aufgenommen etwa vor oder während dem 1. Weltkrieg. Sie hatten sicher noch Dienst in der ersten Walldorfer Posthilfsstelle beim ersten Posthalter, dem Löwenwirt. Links steht Marie Kreuzerverw. Geiß, verh. Coutandin. Der Name der rechts stehenden Frau ist unbekannt. Auf dem rechten Foto sehen wir die Postbotin Elise Meffert verheiratete Zilg, etwa Ende der 1930er oder Anfang der 1940er Jahre. Postaustragen war in den früheren Jahren und ist auch heute noch sehr harte Arbeit, die bei Wind und Wetter ausgeführt werden muss. 

(Infos aus Chronik Walldorf)

**Veranstaltungen  
im Kulturbahnhof Mörfelden**

**KuBa** 

Das Programm ist gestrichen bzw. wird später nachgeholt.

Hallo liebe Leserinnen und Leser unserer Stadtzeitung!

Wir freuen uns, wenn Sie dem „blickpunkt“ helfen, durch Mitarbeit und Informationen. Wir freuen uns über alte und neue Fotos.

Wir brauchen auch weiter Ihre finanzielle Unterstützung.

**Unser Lexikon**

**Schbrisch**

Besser schlääschd  
gefoorn wie  
guud gelaafe.